

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 89
September 2025

ISSN 1439-2011

Demonstrieren und was dann?
Gesellschaft gestalten – Demokratie schützen.
Gewaltfrei aktiv gegen Rechts!
Dokumentation der Jahrestagung 2025
2. - 4. April 2025 in Hannover



Dieses Papier enthält Zusammenfassungen der Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung, die der Bund für Soziale Verteidigung Anfang April 2025 veranstaltet hat.

Es ging um folgende Fragen: Was sind die Strategien und Vorgehensweisen rechtsextremer Akteure? Welche Handlungsansätze gegen rechtsextreme Kräfte haben Wirkung gezeigt und was kann aus diesen gelernt werden? Welche Handlungsoptionen haben Menschen individuell und kollektiv, um wirksam gegen den Rechtsextremismus vorzugehen?

Die Tagung wurde gefördert durch:



In Kooperation mit der:



Herausgeber:

Bund für soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon: +49 (0)571 29456
E-Mail: info@soziale-verteidigung.de
Internet: www.soziale-verteidigung.de

Demonstrieren und was dann?
Gesellschaft gestalten Demokratie schützen
Gewaltfrei aktiv gegen Rechts!
Dokumentation der Tagung
vom 2.-4. April 2025 im NaturfreundeHaus Hannover

Redaktion: Dr. Dalilah Shemia-Goeke

Die in den Beiträgen geäußerten Ansichten spiegeln die Meinung der Referent*innen wider und entsprechen nicht zwingend der Position des BSV.

Alle Fotos, wenn nicht anders angegeben: BSV e.V.

Foto Titelbild: Einige der Teilnehmenden auf der BSV-Jahrestagung 2025 in Hannover

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 89

September 2025

ISSN 1439-2011

Lizenz: BY-NC-ND 4.0 DEED

3,50 Euro für die Printversion zuzgl. 3,- Euro Versandkosten, PDF kostenlos

Inhaltsverzeichnis

Einleitung <i>Bund für Soziale Verteidigung</i>	4
Menschenrechtsfeinde und Demokratieverächter: Die extreme Rechte will eine andere Republik. Was ist zu tun? <i>Vortrag von Prof. Dr. Fabian Virchow</i>	6
Der Machtverlust der PiS in Polen: Ursachen und Dynamiken eines demokratischen Umbruchs <i>Vortrag von Thomas Handrich</i>	10
Die Säulen autoritärer Macht – Dynamiken der Autokratisierung und Wege des Widerstands <i>Vortrag von Jan Stehn</i>	12
Zwischen Dialog und Grenzziehung: Auszüge aus Diskussionen <i>Bund für Soziale Verteidigung</i>	15
„Parolen Paroli bieten“: Zivilcouragiertes Handeln üben mit dem Forumtheater, eine Methode aus dem Theater der Unterdrückten von Augusto Boal <i>Workshop von Renate Wanie</i>	16
Jamel rockt den Förster – Ein Paar gegen ein Dorf voller Nazis <i>Workshop mit Birgit Lohmeyer</i>	18
Was tun gegen Rechtsextremismus in Chatgruppen und sozialen Medien? <i>Workshop von Lili Ewert, Luisa Lening & Julian Böttcher</i>	19
Soziale Verteidigung gegen Rechtsextremismus: Ein Konzept für eine demokratische Gesellschaft <i>Jochen Neumann</i>	23
Demokratie in Gefahr: Handlungsperspektiven gegen autoritäre Tendenzen <i>Dr. Dalilah Shemia-Goeke</i>	25

Einleitung

Der Rechtsextremismus ist längst kein Randphänomen mehr. Seine Akteure verfügen über organisatorische Schlagkraft, diskursive Anschlussfähigkeit und wachsende Wahlerfolge – bis hin zu kommunalen und parlamentarischen Einfluss. In Deutschland ist mit der AfD erstmals eine Partei rechts der Union dauerhaft etabliert, die übereinstimmenden Presseberichten zufolge vom Bundesamt für Verfassungsschutz im Mai 2025 offiziell als eine gesichert rechtsextremistische politische Partei eingestuft wurde – auch wenn diese Bewertung infolge eines laufenden Gerichtsverfahrens derzeit nicht öffentlich wiederholt werden darf. In mehreren Landesverbänden, darunter Sachsen¹, Thüringen², Sachsen-Anhalt³ und Brandenburg⁴, bestehen entsprechende Einstufungen der jeweiligen Landesbehörden fort oder wurden gerichtlich lediglich vorläufig ausgesetzt. Sollte die AfD jedoch im kommenden Jahr in ostdeutschen Bundesländern Regierungsverantwortung übernehmen und dadurch auch Einfluss auf die Landesämter für Verfassungsschutz gewinnen, stellt sich unweigerlich die Frage, wie sich dies auf die künftige Einstufungen durch die Behörden auswirken würde.

1 Laut Tagesschau-Artikel vom 21.01.2025 entschied das sächsische Obergericht (OVG) in Bautzen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz in Sachsen den dortigen Landesverband der AfD weiterhin als "gesichert rechtsextremistisch" einstufen darf (Az. 3 B 127/24): <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-sachsen-einstufung-100.html>

2 Presseinformation 01/2024 des Amtes für Verfassungsschutz des Freistaates Thüringen vom 23.05.2024: „Junge Alternative Thüringen“ als erwiesen rechtsextremistische Bestrebung eingestuft“, <https://verfassungsschutz.thueringen.de/informationen-fuer-die-medien#c164799>

3 Laut Tagesschau vom 7.11.2023 stuft der Landesverfassungsschutz die AfD in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem ein: <https://www.tagesschau.de/video/video-1269938.html>

4 Der Verfassungsschutz Brandenburg hat den AfD-Landesverband Brandenburg mit dem Einstufungsvermerk vom 14.04.2025 als gesichert rechtsextremistisch eingestuft: <https://mik.brandenburg.de/mik/de/service/presse/presse-mitteilungen/detail-pm-und-meldungen/~14-08-2025-einstufungsvermerk-lv-afd>

Zugleich erfährt die gesellschaftliche Mitte eine zunehmende Verschiebung: rassistische Narrative, autoritäre Sehnsüchte und Angriffe auf demokratische Grundwerte finden immer häufiger offene Zustimmung – online wie offline. An dieser Stelle noch kurz eine Anmerkung zur begrifflichen Schärfe. Der Begriff „rechts“ bezeichnet im politischen Spektrum konservative Positionen, die sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegen und deren Institutionen grundsätzlich anerkennen. „Rechtsextrem“ hingegen markiert die ideologische Grenzüberschreitung: Hier werden zentrale Prinzipien des Grundgesetzes – etwa Menschenwürde, Gleichheit oder Pluralismus – abgelehnt oder relativiert. Während „rechts“ also legitime politische Orientierungen innerhalb der Demokratie umfasst, bezeichnet „rechtsextrem“ jene Strömungen, die die demokratische Ordnung selbst, mitsamt ihrer Grundwerte und Institutionen, infrage stellen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht mehr nur die Frage, wie wir auf rechtsextreme Bedrohungen reagieren, sondern: Wie können wir ihnen langfristig und wirksam entgegentreten? Welche gewaltfreien, nachhaltigen und strategischen Ansätze stehen der demokratischen Zivilgesellschaft zur Verfügung – jenseits punktueller Proteste?

Genau hier setzt die Jahrestagung 2025 des Bundes für Soziale Verteidigung an: Unter dem Titel *„Demonstrieren und was dann? Gesellschaft gestalten – Demokratie schützen. Gewaltfrei aktiv gegen rechts!“* wurde danach gefragt, wie Widerstand gegen den Rechtsruck konkret aussehen kann – strategisch, vorbereitet, kreativ und auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Ziel war es, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, Erfahrungen zu bündeln und wirksame Strukturen zu stärken. Denn die Verteidigung der Demokratie braucht nicht nur Haltung, sondern auch durchdachte Vorgehensweisen, wirksame strategische Ansätze und gut koordinierte Bündnisarbeit.

Dabei darf die Analyse der Ursachen nicht fehlen: Rechtsextreme Mobilisierung hat verschiedene Dimensionen – ideologische, kulturelle und emotionale. Es gibt jedoch auch ökonomisch und sozial getriebene Faktoren. Studien⁵ zeigen, dass erlebte oder gefürchtete soziale Marginalisierung, Abstiegsängste und strukturelle Ungleichheit die Anfälligkeit für rechtspopulistische Botschaften erhöhen. Gleichzeitig gelingt es rechtsextremen Kräften, gesellschaftliche Unsicherheit in identitäre Antworten umzulenken – verbunden mit einer aggressiven Abwertung von Minderheiten, demokratischen Institutionen und pluralistischer Vielfalt. Die Bedrohung durch den Rechtsextremismus wirkt daher nicht nur auf der politischen Ebene; entsprechend vielschichtig müssen die Gegenstrategien sein.

Das vorliegende Hintergrund- und Diskussionspapier (Nr. 89) versammelt zentrale Beiträge und Erkenntnisse der Tagung. Es beginnt mit der Analyse von Prof. Dr. Fabian Virchow, der die Entwicklung der extremen Rechten in Deutschland historisch und strategisch einordnet. Er macht in seinen auf wissenschaftlichen Forschungen beruhenden Ausführungen deutlich, warum es sich bei der AfD nicht lediglich um eine Protestpartei, sondern um ein langfristig angelegtes Projekt zur Transformation der politischen Ordnung handelt. Thomas Handrich ergänzt diese Perspektive mit einem Blick nach Polen. Der dortige (temporäre) Machtverlust der PiS 2023 machte deutlich, wie wichtig es ist, gesellschaftliche Bündnisse zu schmieden und eine glaubwürdige demokratische Alternative zu mobilisieren. Jan Stehn beleuchtet die globalen Mechanismen moderner Autokratisierung, und stellt den Widerstand der Zivilgesellschaft als entscheidende Gegenkraft heraus.

Die Tagung rückte zudem konkrete Praxis in den Fokus: Es wurde unter anderem diskutiert, ob und wie Dialog mit Rechten möglich ist – und dass bei organisierten Rechtsextremen eine klare Grenzziehung notwendig ist. Das Musikfestival „Jamel rockt den Förster“ steht exemplarisch für kulturellen Widerstand gegen rechtsextreme Dominanz im ländlichen Raum, während in einem anderen Workshop praktische Interventionen in Alltagssituationen mit verbaler Gewalt geübt wurden. Rechtsextreme Hetze, Verschwörungsmythen und gezielte Mobilisierung finden heute jedoch auch oft online statt. Ein Beitrag aus dem Workshop zu digitaler Zivilcourage analysiert diese Dynamiken und zeigt auf, wie man ihnen begegnen kann.

Abschließend schlägt der Beitrag zur Sozialen Verteidigung einen Bogen: Wie können gewaltfreie Methoden genutzt werden, um auf eine mögliche politische Machtübernahme rechtsextremer Kräfte vorbereitet zu sein? Welche Formen des zivilen Ungehorsams, der lokalen Selbstorganisation und der demokratischen Beharrungskraft sind denkbar – und nötig?

Dieses Hintergrundpapier ist zwar in erster Linie eine Tagungsdokumentation. Es soll jedoch auch ein Beitrag zur strategischen Debatte sein und hierfür Impulse liefern.

Wir möchten allen Referent*innen, allen Teilnehmer*innen und natürlich den beiden Stiftungen, die die Tagung gefördert haben, herzlich danken!

5 Etwa Proaño, C. R., Peña, J. C., & Saalfeld, T. (2022). Inequality, macroeconomic performance and political polarization: a panel analysis of 20 advanced democracies. *Review of Social Economy*, 82(3), 396–429. <https://doi.org/10.1080/00346764.2022.2047768>

Menschenrechtsfeinde und Demokratieverächter⁶: Die extreme Rechte will eine andere Republik. Was ist zu tun?

Basierend auf dem Vortrag von Prof. Dr. Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf

Die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland befindet sich im Umbruch.



Rechtsextreme und rechtspopulistische Strömungen gewinnen an Einfluss. Mit der AfD ist ein lang gehegtes Projekt von Nationalkonservativen

und völkischen Rechten Realität geworden: eine Partei rechts der Union, die nicht als temporärer Störfaktor, sondern auf tatsächliche Machteroberung setzt (Funke, 2024, S.17-77). Dieser Beitrag nimmt historische Entwicklungslinien der extremen Rechten auf, verweist auf aktuelle Erscheinungsformen und deutet mögliche Gegenstrategien an.

Rechtsextremismus basiert auf der Ideologie natürlicher Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von sozialen Gruppen und den ihnen zugerechneten Menschen (Bott 1969). Er propagiert ethnische Homogenität, lehnt den demokratischen Pluralismus ab, fordert die Unterordnung individueller Rechte unter eine kollektive Volksgemeinschaft und will die Demokratisierung rückgängig machen. Rechtsextreme Akteure treten für autoritäre Herrschaftsformen ein und lehnen die Idee der einen Menschheit und universeller Menschenrechte ab und rücken statt dessen das Volk und seine vermeintlichen Rechte in den Mittelpunkt. Die AfD bedient sich eines **populistischen Politikstils**, der geprägt ist durch Polarisierung, moralische Überhöhung

politischer Konflikte, Dämonisierung von Gegnern und systematische Tabubrüche. Die Partei spricht im Namen des „gesunden Menschenverstands“, nutzt volkstümliche Sprache und inszeniert sich als Opfer politischer und medialer Eliten (siehe auch Hans-Böckler-Stiftung, 2024).

Die **Wurzeln des heutigen Rechtsextremismus** reichen einige

Jahrzehnte zurück. Bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fanden NS-belastete Akteure neue Wege, Einfluss zu nehmen – sei es im Exil, durch Gründung neuer Organisationen oder durch gezielte Unterwanderung demokratischer Parteien. Gründung und Wahlerfolge der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und die sogenannte Naumann-Verschörung in den frühen 1950er Jahren zeugen von der frühen Gefahr des Wirkens extrem rechter Akteure (Büsch et al. 1957).⁷ Die Gründungsphase der Bundesrepublik war von zahlreichen Versuchen geprägt, völkisch-nationalistisches Gedankengut wieder politisch salonfähig zu machen bzw. zu organisieren. In der Anfangszeit der Bundesrepublik gelang es nationalkonservativen bis rechtsextremen Parteien, relevante Wahlerfolge zu erzielen: So erreichten sie bei der Bundestagswahl 1949 rund 8,7 % der Stimmen, bei der Wahl 1953 etwa 9,2 %. Zahlreiche Versuche, eine dauerhafte Partei rechts der CDU/CSU zu etablieren, scheiterten in den Jahrzehnten nach 1945. Nach 1957 waren sie nicht mehr im Bundestag vertreten. Parteien wie NPD, DVU oder REP konnten nur vorübergehende Erfolge in einzelnen Landtagen verbuchen.

Ein dauerhafter Einfluss blieb zunächst aus. Die extreme Rechte überdauerte in einer sogenannten „Stammkultur“, einem Milieu aus NS-Nostalgikern, völkischen Subkulturen und alternativen Mediennetzwerken (Dudek/Jaschke 1984). Diese Szene wartete

⁶ Die extreme Rechte wird in Analysen als „anti-demokratisch“ und menschenfeindlich gesehen, da ihre Haltungen und Forderungen grundlegenden demokratischen Prinzipien der Gleichbehandlung aller Bevölkerungsgruppen zuwiderlaufen.

⁷ Die SRP wurde vom Bundesverfassungsgericht verboten. Der Versuch ehemaliger NS-Kader um Werner Naumann, durch gezielte Unterwanderung die FDP zu übernehmen und auf diesem Weg eine neue rechte Massenpartei zu etablieren, wurde von den britischen Behörden verhindert (Jenke 1961: 155-199; Baldow 2013).

auf günstige Gelegenheiten, in der Gesellschaft wieder Fuß zu fassen – durch kulturelle Einflussnahme, publizistische Präsenz oder neue Parteigründungen. Immer wieder entstanden Parteiprojekte mit dem Ziel, rechts von der CDU/CSU auch parlamentarisch eine dauerhafte politische Kraft zu etablieren: etwa die NPD, die Republikaner, die DVU oder der Bund freier Bürger (Botsch 2012). Auch kleinere Projekte wie die Kieler Liste für Ausländerbegrenzung⁸, die Anfang der 1980er mit dem Thema Migration erstmals elektoral erfolgreich war, zeigten die fortdauernde Bedeutung des Motivs völkischer Homogenität und des damit verbundenen Paradigmas der Ausgrenzung und Diskriminierung.

Die AfD: Strategie und Ideologie

In den letzten Jahren haben sich einige zentrale Faktoren verändert. Die extreme Rechte agiert heute professioneller, strategisch klüger und ist besser international vernetzt. Sie nutzt die Möglichkeiten der Kommunikation in digitalen Räumen effektiv⁹ und entwickelt zunehmend politische Strategien, um Einfluss in Institutionen zu gewinnen. Gleichzeitig sind aber auch ideologische Konstanten erkennbar geblieben. Der völkische Nationalismus, das Denken in Freund-Feind-Kategorien, rassistische Weltbilder und die Ablehnung liberaler Grundwerte haben sich als stabile ideologische Kerne rechtsextremer Politik und Programmatik erwiesen. Diese Mischung aus

Kontinuität und Wandel macht die heutige extreme Rechte besonders gefährlich.

Mit der AfD wird ein von Nationalkonservativen und völkischen **Rechten seit langem anvisiertes Parteiprojekt rechts von CDU/CSU** realisiert, das sowohl auf breitere gesellschaftliche Resonanz als auch auf eine strategisch zunehmend kompetente Führung zurückgreifen kann. Die Partei begann als wirtschaftsliberal charakterisierte „Professorenpartei“ mit eurokritischer Programmatik. Doch rasch setzten sich nationalkonservative, neurechte und völkische Kräfte durch. Die sogenannte „Herbstoffensive“ 2015 mit der Fokussierung auf Flüchtlingspolitik markierte den Beginn einer Radikalisierung, die bis heute andauert. In den folgenden Jahren zog die AfD in sämtliche Landtage und den Bundestag ein, etablierte sich auf kommunaler Ebene und erschloss sich ein stabiles Wähler*innenpotenzial. Keine andere Partei der Bundesrepublik hat sich in so kurzer Zeit parlamentarisch institutionalisiert (Quent/Virchow 2024).

Die AfD verfügt über einen wachsenden Wähler*innenstamm, erhebliche finanzielle und mediale Ressourcen sowie staatlichen Zugang, was sie zunehmend als realpolitischen Akteur positioniert – besonders in Ostdeutschland mit teils hegemonialer Wirkung. Sie bietet Karrieren, strebt Diskurshoheit an, baut lokale Strukturen aus und profitiert von der Schwäche etablierter Parteien sowie der Normalisierung völkisch-nationaler Positionen. Die extreme Rechte verfolgt eine Strategie der institutionellen Durchdringung, nutzt Social Media zur Polarisierung, operiert mit Einschüchterung und Angst und zielt auf den Aufbau von Sperrminoritäten zur politischen Blockade.

Die AfD vereint in ihrer Ideologie völkischen Nationalismus, Produktivismus (Virchow 2023) und ein identitäres Kulturverständnis (Schutzbach 2018, S.48ff), das eine kulturell

⁸ Die Kieler Liste war eine rechtsextreme Wahlliste, die von ehemaligen NPD-Mitgliedern und Funktionären aus dem Umfeld der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft getragen wurde. Sie erzielte bei der Kommunalwahl in Kiel 3,8 % der Stimmen, was von der extremen Rechten als ermutigendes Signal für ähnliche Versuche in anderen Städten aufgegriffen wurde.

⁹ Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass unterschiedliche Plattformen sozialer Medien, Inhalte der AfD gegenüber den Inhalten anderer Parteien mehr zeigen: <https://perspektive-online.net/2025/02/studien-zeigen-tiktok-und-x-pushen-content-der-afd/> Matthias Jansen (Statista) kam 2024 zu dem Schluss, dass die AfD von allen Bundestagsparteien in sozialen Netzwerken am breitesten aufgestellt ist: <https://de.statista.com/infografik/7616/fans-der-parteien-in-den-sozialen-netzwerken/>

homogene Nation beschwört und Feindbilder wie Islam, Migration und „woke Eliten“ konstruiert. Sie propagiert ein Weltbild, in dem nur Leistungsfähige Anspruch auf Teilhabe haben, und richtet ihre Aggression sowohl gegen vermeintlich privilegierte Eliten als auch gegen „unproduktive“ Minderheiten, was ein Gesellschaftsmodell der Ausgrenzung stabilisiert¹⁰. Diese doppelte Stoßrichtung stabilisiert ein Gesellschaftsbild, das keine solidarischen Lösungen, sondern nur Ausgrenzung kennt (Virchow 2023). Zentral sind außerdem Erzählungen vom „großen Austausch“ und der „Überfremdung“, die demokratische und pluralistische Prinzipien grundsätzlich infrage stellen (Kutscher 2023). Dieses reaktionäre Normalitätsbild idealisiert den autoritären Nationalstaat, will muslimisches und queeres Leben aus dem öffentlichen Raum drängen, antifaschistische Erinnerungspolitik zurückdrehen und progressive Kräfte systematisch delegitimieren.

Was ist nun also zu tun? Impulse

Gegen die Ausbreitung und Verfestigung rechtsextremer Weltdeutungen und politischer Praxen müssen demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglicht werden – etwa an Schulen. Neben der politischen Bildung sind die Beteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen ebenso wichtig wie die Entwicklung neuer Formate *aufsuchender* politischer und Demokratiebildung. Pluralität sollte normalisiert, Toleranz und Kritikfähigkeit als gesellschaftliche Normen gestärkt werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen benötigen Ressourcen und Schutz angesichts

zunehmender Diffamierung und Angriffe von rechts außen. Auch rechtliche Mittel müssen, so Virchow, geprüft und ggf. ergriffen werden – etwa das Verbot möglicherweise verfassungsfeindlicher Organisationen wie der AfD. Eine klare Abgrenzung zu extrem rechten Kräften – auch durch demokratische Parteien – ist unerlässlich. Brandmauern müssen aufrechterhalten und gestärkt werden. Zudem muss die Debatte über die künftige Gestaltung der Gesellschaft wieder geführt werden: gerecht und solidarisch oder menschenrechtsfeindlich und ausgrenzend? Angesichts der 75 Jahre des Grundgesetzes sollte die Gültigkeit von Kernnormen stärker beworben werden.

Fazit

Im Grunde will die extreme Rechte folglich nicht lediglich eine andere Politik, sie will eine andere Republik: autoritär, ethnisch homogen, patriarchal und gegen alle Formen gesellschaftlicher Diversität gerichtet. Mit der AfD ist ein Akteur auf der Bühne, der systematisch daran arbeitet, die liberale Demokratie von innen heraus zu schwächen¹¹. Ihr Erfolg ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines langfristigen Projekts, strategischer Planung, gesellschaftlicher Krisen und einer aktiven Unterstützung durch Netzwerke, Medien und Teile der Bevölkerung. Doch Demokratie ist kein starres Gebilde, sondern ein lebendiger Prozess. Sie lebt von Teilhabe, Kritikfähigkeit und Solidarität. Demokratische Rückschläge sind reversibel – wenn die Gesellschaft bereit ist, für ihre Werte einzutreten. Das bedeutet: politische Bildung stärken, soziale Gerechtigkeit ausbauen, Rassismus aktiv entgegentreten, solidarische Strukturen fördern und den Mut aufbringen, auch dort Widerspruch zu leisten, wo es

10 Zur Sozialpolitik: Floris Biskamp (Habilitation zum Thema Sozialpolitik der AfD): Steuersenkungen für Reiche, ungedeckte Schecks für Rentner:innen und ein schlechteres Leben für Bürgergeldempfänger:innen. Über die Wirtschafts- und Sozialpolitik im aktuellen AfD-Entwurf für ein Bundestagswahlprogramm, in: <https://florisbiskamp.com/2024/12/02/steuersenkungen-fuer-reiche-ungedekte-schecks-fuer-rentnerinnen-und-ein-schlechteres-leben-fuer-buergergeldempfaengerinnen-ueber-die-wirtschafts-und-sozialpolitik-im-aktuellen-afd-entwurf-fuer-e/>

11 Das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt fest, dass die AfD und ihre Jugendorganisation Junge Alternative (JA) zentrale Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung systematisch angreift, etwa durch ein ethnisch-völkisches Volksverständnis und die Missachtung der Menschenwürde ([Verfassungsschutzbericht 2024](#), S.102-106, Bundesamt für Verfassungsschutz).

unbequem ist. Die Zukunft der Demokratie entscheidet sich nicht allein in Parlamenten, sondern im Alltag, im Netz, in der Schule, auf der Straße. Die offene Gesellschaft braucht Verteidiger*innen – mutige Menschen, die sich nicht mit dem scheinbar Unvermeidlichen abfinden, sondern für Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde eintreten.

Literatur

Baldow, Beate (2013): Episode oder Gefahr? Die Naumann-Affäre. Dissertation FU Berlin.

Botsch, Gideon (2012): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Bott, Hermann (1969): Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.

Bundesamt für Verfassungsschutz (2025): Verfassungsschutzbericht 2024. Berlin: Bundesamt für Verfassungsschutz. In: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024-startseitenmodul.pdf>

Büsch, Otto/Furth, Peter/Stammer, Otto (1957): Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die Sozialistische Reichspartei. Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag.

Dudek, Peter/Hans-Gerd Jaschke (1984): Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Funke, Hajo (2024): AfD-Masterpläne: Die rechtsextreme Partei und die Zerstörung der Demokratie - Eine Flugschrift. Hamburg: VSA-Verlag.

HBS (2024): Aufstieg des Rechtspopulismus: Erklärungsansätze und Analysen. Hans-Böckler-Stiftung. In: <https://www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-auf-einen-blick-rechtspopulismus-in-deutschland-37867.htm>

Jenke, Manfred (1961): Verschwörung von Rechts? Ein Bericht über den Rechtsradikalismus in Deutschland nach 1945. Berlin: Colloquium.

Kutscher, Nadja (2023): Das Narrativ vom ‚Großen Austausch‘. Rassismus, Sexismus und Antifeminismus im neurechten Untergangsmythos. Bielefeld: transcript.

Quent, Matthias/Virchow, Fabian (Hrsg.) (2024): Rechtsextrem, das neue Normal? München: Piper.

Schutzbach, Franziska (2018): Die Rhetorik der Rechten. Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick, Zürich: Xanthippe Verlag.

Virchow, Fabian (2023): Versuch über den Produktivismus: das produktivistische Paradigma als ein Kernelement rechtspopulistischer und extrem rechter Weltanschauung. In: Gideon Botsch/Friedrich Burschel/Christoph Kopke/Felix Korsch (Hrsg.) Rechte Ränder. Faschismus, Gesellschaft und der Staat. Berlin: Verbrecher Verlag, S. 153-171.

Der Machtverlust der PiS in Polen: Ursachen und Dynamiken eines demokratischen Umbruchs

basierend auf dem Vortrag und der Handreichung von Thomas Handrich, seit über 30 Jahren tätig in der politischen Bildung

Polen galt über Jahre hinweg unter der Regierung der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) als ein Musterbeispiel für den Aufstieg illiberaler, rechtspopulistischer Kräfte in Europa. Mit weitreichenden Eingriffen in Justiz, Medien und Bildungssystem hatte sich die PiS zwischen 2015 und 2023 eine scheinbar unerschütterliche Machtbasis geschaffen. Dennoch gelang es der Opposition, diese Vorherrschaft bei der Parlamentswahl 2023 zu brechen. Der politische Wechsel schien ein Hoffnungsschimmer für die demokratische Erneuerung des Landes.

Doch die Präsidentschaftswahl am 1. Juni 2025, bei der der rechtskonservativer Kandidat Nawrocki ins höchste Staatsamt gewählt wurde, macht deutlich, dass die Auseinandersetzung um die demokratische Ausrichtung Polens längst nicht beendet ist. Die aktuelle Entwicklung verdeutlicht, wie fragil demokratische Fortschritte bleiben können.

Der Aufstieg und die soziale Basis der PiS

Der politische Aufstieg der PiS begann 2015, als sie mit rund 38 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament errang. Bei der nächsten Wahl 2019 steigerte sie ihr Ergebnis auf gut 43 Prozent. Obwohl sie 2023 erneut stärkste Kraft wurde, verfehlte sie mit knapp 35% der Stimmen die Regierungsmehrheit. Bemerkenswert ist auch der Anstieg der Wahlbeteiligung, die von etwa 52% im Jahr 2015 kontinuierlich auf über 74% im Jahr 2023 wuchs.

Die Popularität der PiS war eng verknüpft mit den sozialen und ökonomischen Umbrüchen nach 1989. Der radikale Umbau zur Marktwirtschaft, unter anderem durch den Balcerowicz-Plan, brachte tiefgreifende Veränderungen: Preisfreigaben, der Abbau von Subventionen und die Auflösung vieler Staatsbetriebe führten zu

Arbeitsplatzverlusten und sinkenden Reallöhnen. Während eine neue Wirtschaftsoligarchie entstand, wurde ein erheblicher Teil der Bevölkerung zu den Verlierern des Wandels. Millionen Polen suchten ihr Glück in anderen EU-Staaten.

In dieser Art und Weise der gesellschaftlichen Transformation der „Schocktherapie“ liegen die Ursachen für die heutige Spaltung der Gesellschaft. Zudem war dies die Geburtsstunde für den Populismus, denn nur mit Kulturkämpfen, zum Beispiel dem vermeintlichen „Schutz nationaler Interessen und Kultur“ versuchten alle Regierungen seit 1990, ihre Legitimität gegenüber der Gesellschaft zurück zu gewinnen. Hinzu kamen politische Skandale und Affären, die das Vertrauen der Bürger*innen in die damalige Regierung nachhaltig erschütterten. Die Flüchtlingskrise 2015 nutzte die PiS geschickt, um Ängste zu schüren und sich als Verteidigerin nationaler Interessen zu profilieren.

Ihr Erfolg beruhte auf einer Kombination verschiedener Strategien. Sozialpolitisch führte sie Maßnahmen ein wie das Kindergeldprogramm „500+“, die Absenkung des Renteneintrittsalters, die Erhöhung der Renten und den Bau von Mietwohnungen für sozial Schwächere. Inflationsausgleich, Mindestlohnanhebungen, Sondersteuern für Banken und ausländische Supermarktketten sowie der Stopp von Privatisierungen und Landerwerb durch Ausländer rundeten das Bild ab.

Parallel dazu setzte die PiS auf eine nationalkonservative Identitätspolitik. Traditionelle Werte wurden betont, die enge Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche ausgebaut und Minderheiten, etwa die LGBTQIA+-Community, gezielt ausgegrenzt. Mythen wie der um den Flugzeugabsturz von Smolensk¹² dienten der Selbstinszenierung als nationale Schutzmacht. Ein dritter, wesentlicher Aspekt war die Angstpolitik.

¹² Beim Flugzeugabsturz von Smolensk am 10. April 2010 kam der damalige polnische Präsident Lech Kaczyński gemeinsam mit 95 weiteren hochrangigen Persönlichkeiten des politischen und militärischen Establishments ums Leben. Die Delegation befand sich auf dem Weg zu einer Gedenkveranstaltung für das Massaker von Katyn. Offizielle Untersuchungen führten den Absturz auf Pilotenfehler und schlechte Wetterbedingungen zurück. In Teilen der polnischen Rechten, insbesondere im Umfeld der Partei PiS, hält sich jedoch bis heute die unbelegte These eines Anschlags, was zur Mythenbildung und politischen Instrumentalisierung des Ereignisses beigetragen hat.

Immer wieder wurden äußere (vermeintliche) Bedrohungen, etwa durch Migration oder eine angebliche Einflussnahme der EU, beschworen.

Ursachen für den Machtverlust der PiS

Letztlich führten mehrere Entwicklungen zur Abwahl der PiS. Ein entscheidender Faktor war die Mobilisierung neuer Wählerschichten. Die Wahlbeteiligung erreichte ein historisches Hoch, und insbesondere junge Menschen, Frauen, städtische Bevölkerungsgruppen sowie im Ausland lebende Pol*innen, deren Beteiligung sich nahezu verdoppelte, gaben der Opposition entscheidende Stimmengewinne. Einen weiteren Wendepunkt bildete die breite Protestbewegung gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts. Hunderttausende Frauen gingen auf die Straße, und aus der Empörung heraus entstand der „Strajk Kobiet“ – der Frauenstreik –, der landesweit Resonanz fand. Auch die Existenz unabhängiger Medien war von großer Bedeutung. Trotz der faktischen Kontrolle über die öffentlich-rechtlichen Sender blieb eine kritische Medienlandschaft bestehen. Der Versuch der Regierung, den oppositionellen Fernsehsender TVN zu verstaatlichen, scheiterte am gesellschaftlichen und internationalen Widerstand. Erfolgreich war auch die strategische Neuaufstellung der Opposition. Anders als 2015 gelang es diesmal, breite Allianzen zu bilden und dadurch Stimmenverluste an der Fünfprozenthürde zu verhindern. Innerhalb der PiS traten zudem zunehmend Schwächen zutage. Die Partei konnte kaum noch über ihre traditionelle Wählerschaft hinaus mobilisieren. Rhetorische Angriffe auf die EU und Deutschland verfielen immer weniger, ebenso wie die Stimmungsmache gegen Migrant*innen. Korruptionsskandale, etwa um die rechtswidrige Vergabe hunderttausender Visa, erschütterten zusätzlich ihre Glaubwürdigkeit. Schließlich spielte auch die europäische Orientierung vieler Pol*innen eine Rolle. Die Ablehnung des isolierenden Kurses der PiS spiegelte den Wunsch wider, weiterhin fest in der EU verankert zu bleiben. Ein weiterer Punkt war, dass die Opposition die sozialpolitischen Errungenschaften der PiS nicht antastete. Das Versprechen, Leistungen wie das Kindergeld oder die niedrigen Renteneintrittsalter

beizubehalten, nahm der PiS eines ihrer wichtigsten Argumente im Wahlkampf.

Fazit: Lehren für die Demokratieförderung

Polen zeigt, dass ein demokratischer Machtwechsel auch unter schwierigen Bedingungen möglich ist. Entscheidend sind dabei verschiedene Faktoren: die breite gesellschaftliche Mobilisierung, die Formulierung positiver, integrativer Visionen für die Zukunft sowie die Verteidigung demokratischer Institutionen wie unabhängiger Medien und einer kritischen Justiz, selbst wenn deren Handlungsspielräume eingeschränkt sind. Ebenso wichtig ist der Aufbau strategischer Bündnisse über gesellschaftliche Lager hinweg. Weitere Erfahrungen aus Polen verdeutlichen, dass eine frühzeitige Mobilisierung bislang passiver Bevölkerungsgruppen entscheidend sein kann. Gemeinsame Spitzenkandidaten und der Verzicht auf unnötige Fragmentierung erhöhen die Chancen der Opposition. Rechtspopulistische Parteien geraten ohne Koalitionspartner leichter ins Hintertreffen, und eine Sensibilität für die Sperrklauseln verhindert Stimmenverluste.

Die Präsidentschaftswahl vom Juni 2025 unterstreicht jedoch, dass demokratische Erneuerung kein einmaliger Vorgang ist, sondern ein kontinuierlicher, oft konflikthafter Prozess. Konkret zeigte sich die im Herbst gewählte Regierungskoalition uneinig. Im Sommer 2024 scheiterte ein Versuch der größten Regierungspartei, der Bürgerplattform (PO), das Abtreibungsgesetz zu entschärfen. Der kirchennahe Koalitionspartner „Dritter Weg“ verweigerte seine Zustimmung zu diesem Gesetz. Das heißt, das ein zentrales Versprechen der gewählten Regierung gegenüber der Frauenbewegung gebrochen wurde. Ein Jahr zuvor hatte gerade die Mobilisierung vieler Frauen wesentlich zum Wahlsieg beigetragen. Das Beispiel verdeutlicht, dass es in Demokratien nicht möglich ist, Mobilisierungskampagnen beliebig zu wiederholen. Die Wähler*innen verzeihen es nicht, wenn Versprechungen nicht eingehalten werden. Die geringere Wahlbeteiligung (71,63%) bei den Präsidentschaftswahlen kann als Indiz gewertet werden, dass hier eine wesentliche Ursache für die Nichtwahl des liberalen Präsidentschaftskandidaten liegt.

Die Säulen autoritärer Macht – Dynamiken der Autokratisierung und Wege des Widerstands

basierend auf dem Vortrag von Jan Stehn, ein erfahrener Referent zum Thema ziviler Widerstand und Soziale Verteidigung



Die Demokratie steht weltweit unter Druck. Während noch vor wenigen Jahrzehnten der Demokratisierungsprozess als nahezu unumkehrbar galt, erleben wir heute eine Phase massiver Rückschläge: Autokratien erstarken, liberale Errungenschaften werden zurückgebaut, neue und alte vermeintlich „starke Männer“ prägen die politische Bühne. Der Vortrag von Jan Stehn analysiert diese Entwicklungen umfassend und zeigt nicht nur die Mechanismen der autoritären Herrschaft, sondern auch die Chancen, sie wieder zurückzudrängen.

Globale Demokratie-Messungen: Wo stehen wir?

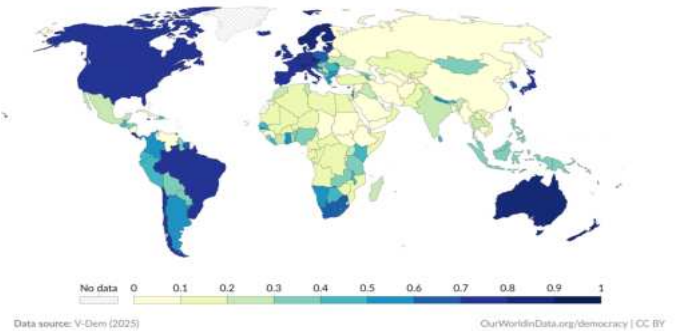
Wissenschaftliche Projekte wie der Bertelsmann Transformation Index, der Freedom House Index, der Demokratieindex des Economist und der V-Dem-Index der Universität Göteborg belegen eine ernüchternde Realität:

- Nur noch 12 % der Weltbevölkerung leben in liberalen Wahldemokratien – der niedrigste Wert seit 50 Jahren.
- 72 % leben unter autokratischer Herrschaft – der höchste Wert seit 1978.

Zentrale Kriterien dieser Erhebungen sind u.a. Wahlen, Rechtsstaatlichkeit, bürgerliche Freiheiten, Kommunikationskultur und gleichberechtigter Zugang zu Ressourcen für alle Gesellschaftsgruppen.

Liberal democracy index, 2024

Based on the expert estimates and index by V-Dem¹. It combines information on voting rights, the freedom and fairness of elections, freedoms of association and expression, civil liberties, and executive constraints. It ranges from 0 to 1 (most democratic).



1. V-Dem The Varieties of Democracy (V-Dem) project publishes data and research on democracy and human rights. It relies on evaluations by around 3,500 country experts and supplementary work by its own researchers to assess political institutions and the protection of rights. The project is managed by the V-Dem Institute, based at the University of Gothenburg in Sweden. Learn more: Democracy data: how do researchers measure democracy? The Varieties of Democracy data: how do researchers measure democracy? The Varieties of Democracy data: how do researchers measure human rights?

<https://ourworldindata.org/grapher/liberal-democracy-index>

Die dritte Welle der Autokratisierung

Historisch lassen sich drei große Wellen autoritärer Machtausweitung identifizieren:

- 1926–1942 (Faschismus, Nationalsozialismus)
- 1961–1977 (Militärdiktaturen)
- seit 1994 (neue Autokratien)

Die gegenwärtige dritte Welle zeichnet sich durch eine neue Form des Autoritarismus aus: Während klassische Diktaturen durch offene Gewalt und Zensur geprägt waren, setzen moderne Autokratien zunehmend auf subtilere Mechanismen – bei formal erhaltenen Wahlen und einer Fassade von Rechtsstaatlichkeit.

Der Typus des „Strong Man“

Vermeintlich „starke Männer“ wie Donald Trump, Wladimir Putin, Xi Jinping, Viktor Orbán oder Jair Bolsonaro sind zentrale Figuren der neuen Autokratien. Gemeinsame Merkmale:

- Skrupellose Durchsetzung ihrer Ziele
- Feindbilder und permanente Aufregtheit als Mittel der Machterhaltung
- Aggressiver Nationalismus und Ablehnung internationaler Normen
- Reaktionäre Werte (Frauen- und LGBTQIA+-Feindlichkeit, idealisiertes Männerbild)
- Bewusste Irreführung der Öffentlichkeit durch Vereinfachung und Emotionalisierung

Dieses Bild des angeblich „starken Mannes“ verschleiert, dass ihre Macht letztlich nicht auf persönlicher Stärke, sondern auf komplexen sozialen Prozessen und Strukturen basiert.

Autoritäre Macht als sozialer Prozess: Die Pyramide der Macht

Autokratische Herrschaft ruht auf einer fein ausbalancierten sozialen Pyramide:

- Strong Man: Symbolfigur der Macht, schwer ersetzbar.
- Clan: Korrupte Netzwerke der persönlichen Bereicherung und Absicherung.
- Elite: Polizei, Militär, Geheimdienste, Wirtschaft, Medien, Kirche und Gewerkschaften – auf Loyalität statt Kompetenz gegründet.
- Anhängerschaft: Breite Basis in der Bevölkerung, anfänglich entscheidend für Machtergreifung.
- Opposition: Marginalisiert, bedroht, überwacht – ihre Widerstandskraft ist jedoch entscheidend.

Ein Zerbrechen einer dieser Säulen destabilisiert das gesamte System.

Die Mechanismen der Machterhaltung

Vier zentrale Mechanismen stabilisieren autoritäre Herrschaft:

- Zuckerbrot und Peitsche: Belohnung von Loyalität, Bestrafung von Abweichung.
- Emotionalisierung: Mythenbildung, Selbstglorifizierung, Feindbilder.
- Materielle Kontrolle: Vergabe oder Entzug von Ressourcen und Lebensperspektiven.
- Spaltung und Einschüchterung: Gesellschaftliche Fragmentierung und Angst.

Fällt einer dieser Mechanismen aus, kann das System kurzfristig kompensieren – auf lange Sicht steigt jedoch die Instabilität.

Der Zerfall autoritärer Herrschaft

Vier parallele Mechanismen können den Zerfall einleiten:

- Emotionale Prozesse: Enttäuschung, Wut, Mitgefühl und Solidarität unterdrückter Gruppen.
- Materielle Krisen: Wirtschaftliche Verluste und Alternativen zur bisherigen Ordnung.
- Widerstand durch Zivilgesellschaft: Aufbau alternativer Institutionen und Protestkulturen.
- Elite-Dissens: Überläufer, Whistleblower, interne Kämpfe.

Beispielhaft zeigen sich diese Dynamiken bei Assad in Syrien, dessen Herrschaft trotz äußerlicher Stabilität schwer angeschlagen ist: Proteste der Drusen, Zusammenbruch von Drogenhandelsnetzwerken und Desertionen im Militär verdeutlichen die Fragilität.

Hoffnung: Die Macht der Zivilgesellschaft

Trotz der düsteren Trends gibt es ermutigende Beispiele: In 36 Ländern konnten autokratische Prozesse innerhalb von fünf Jahren gestoppt oder sogar umgekehrt werden. In 61 % dieser Fälle war es der Widerstand der zivilgesellschaftlichen Bewegungen, der den Umschwung herbeiführte.

Beispiele:

- Brasilien: Abwahl von Bolsonaro 2022 durch breite soziale Mobilisierung.
- Malediven: Sturz von Präsident Yameen 2018.
- Sambia: Wahlniederlage von Präsident Lungu 2021.

Diese „Turning Points“ zeigen: Auch autoritäre Regime sind verwundbar.

Neue Identifikationsfiguren: Starke Frauen?

Interessanterweise übernehmen inzwischen auch Frauen die Rolle autoritärer Führungsfiguren:

Beispiele sind Marine Le Pen und Giorgia Meloni.

Hier stellt sich die Frage: Erfordert der Mechanismus der Autokratie notwendigerweise Männlichkeit, oder reicht ein bestimmter Politikstil – geprägt von autoritärem Habitus und Emotionalisierung – unabhängig vom Geschlecht?

Fazit

Autoritäre Herrschaft ist kein Naturgesetz. Sie basiert auf komplexen, ressourcenintensiven sozialen Prozessen, die verwundbar bleiben. Der Widerstand der Zivilgesellschaft, unabhängige Institutionen und emotionale Mobilisierungsprozesse sind die entscheidenden Faktoren im Kampf um die Demokratie. Die Geschichte der letzten Jahrzehnte lehrt: Demokratische Rückgewinnung ist möglich – wenn Engagement, Solidarität und Mut zusammentreffen.

Literatur

Gerschewski, Johannes (2017): Die drei Säulen und das Überleben elektoraler Autokratien: Eine Replik. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft: Comparative Governance and Politics, 11(2), 237-246.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssaoar-62973-6>

Gerschewski, Johannes u. a. (2013): Warum überleben Diktaturen?

https://www.wzb.eu/system/Ples/docs/dps/dd/pvs_sb_47_gerschewski_u_a.pdf

Lührmann, Anna & Staffan I. Lindberg (2019): A third wave of autocratization is here: what is new about it?, Democratization, 26:7, 1095-1113,

<https://doi.org/10.1080/13510347.2019.1582029>

Mittelweg 36 Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 32. Jahrgang Heft 3–4 Juni 2023: Starke Männer, Figuren disruptiver Politik, Mit Beiträgen von Ulrich Bröckling u.a., <https://www.hamburger-edition.de/zeitschrift-mittelweg-36/alle-zeitschriften-archiv/artikel-detailid/2949/starke-manner-pguren-disruptiver-politik/8>

Nord, Marina, Fabio Angiolillo, Martin Lundstedt, Felix Wiebrecht & Staffan I. Lindberg (2025): When autocratization is reversed: episodes of U-Turns since 1900, Democratization, 26 Jan 2025, <https://doi.org/10.1080/13510347.2024.2448742>

Nord, Marina, David Altman, Fabio Angiolillo, Tiago Fernandes, Ana Good God, and Staffan I. Lindberg (2025): Democracy Report 2025: 25 Years of Autocratization – Democracy Trumped? University of Gothenburg: V-Dem Institute.

https://v-dem.net/documents/60/V-dem-dr_2025_lowres.pdf

Zwischen Dialog und Grenzziehung: Auszüge aus Diskussionen

Mit Rechten reden – ja oder nein? Diese Frage prägt viele Debatten im aktuellen gesellschaftlichen Klima. Auch in der Diskussion im Anschluss an die Vorträge auf der BSV-Jahrestagung wurde sie intensiv, kontrovers und reflektiert behandelt.

Ein zentrales Ergebnis: AfD-Anhänger*innen sind kein monolithischer Block. Dialog kann sinnvoll sein – aber nur, wenn er auf echtem Zuhören basiert und nicht zur Bühne für menschenverachtende Positionen wird¹³. Die klare Unterscheidung zwischen persönlichen Kontakten zu rechts gesinnten Personen und organisierten Rechtsextremen war ein roter Faden: Gespräche mit verunsicherten Nachbarn ja, Plattform für Funktionär*innen nein.

Eine besonders kraftvolle Erkenntnis war die Bedeutung eines positiven Friedensbegriffs: Rechtsextremes Denken instrumentalisiert den Begriff „Frieden“, während demokratische Kräfte ein gutes Leben für *alle* propagieren müssen. Hier bietet sich eine Chance, Brücken zu schlagen – über geteilte Sehnsüchte nach Sicherheit und Teilhabe, aber ohne menschenfeindliche Kompromisse.

Persönliche Geschichten machten das Thema greifbar: Etwa der Bericht, wie eine Umarmung am Ende einer hitzigen Diskussion eine Beziehung rettete. Oder die Erfahrung, dass Humor, wie bei der serbischen Bewegung Otpor, Angst überwinden kann. Statt fixiert auf die Täter*innen zu starren, müssten wir mehr unsere eigenen Räume, Werte und Communities stärken – ein Gedanke, der vielen

Teilnehmenden einen Perspektivwechsel ermöglichte.

Besonders eindrücklich war die internationale Perspektive: Aus Widerstandsbewegungen in Serbien, den Malediven oder dem Sudan wurde deutlich, wie wichtig kollektive Angstbewältigung und kreative, lokale Aktionen sind. Gleichzeitig wurde gewarnt: Internationale Unterstützung muss behutsam erfolgen, um nicht die Legitimität lokaler Bewegungen zu gefährden.

Ein wichtiger Aha-Moment: Nicht jeder Mensch hat in Deutschland die gleichen Ausgangsbedingungen, sich politisch einzubringen. Teilhabe bedeutet auch, die Sprache, Zugänge und Strukturen zu öffnen für jene, die oft nicht eingeladen sind. Demokratische Erneuerung beginnt bei den Marginalisierten.

Und schließlich blieb die Einsicht, dass wir aufhören müssen, auf Rechtsextreme ausschließlich zu *reagieren*. Stattdessen müssen wir eigene, positive Visionen entwickeln – für eine Gesellschaft, die mehr ist als eine Abwehrhaltung gegen den Hass. Es geht darum, Mut, Wärme und Solidarität selbstbewusst sichtbar zu machen, neue gemeinsame Räume aufzubauen.

Die Diskussion machte deutlich: Wer echte Veränderung will, braucht den Mut zur Grenzziehung und zur Gestaltung.

¹³ Zur Frage des Umgangs mit Rechtsextremen oder -populisten, eine sehr kritische Rezension zu „Mit Rechten reden“ (2017, Per Leo; Maximilian Steinbeis; Daniel-Pascal Zorn) von Floris Bliskamp (2018) „I’d show you everywhere you’re wrong but I’m never talking to you again, in: <https://florisbliskamp.com/2018/01/02/id-show-you-everywhere-youre-wrong-but-im-never-talking-to-you-again-ueber-mit-rechten-reden>

Workshopberichte

„Parolen Paroli bieten“: Zivilcouragiertes Handeln üben mit dem Forumtheater, eine Methode aus dem Theater der Unterdrückten von Augusto Boal

basierend auf dem Workshop von Renate Wanie, Ko-Vorsitzende des BSV-Vorstandes

Im Workshop „Parolen Paroli bieten“ erarbeiteten die Teilnehmenden Möglichkeiten, gewaltfrei in Diskriminierungssituationen einzugreifen. Grundlage war der Ansatz, dass Zivilcourage keine angeborene Eigenschaft, sondern eine erlernbare Handlungskompetenz ist.

Was ist Zivilcourage?

Historisch wurde der Begriff in der Französischen Revolution geprägt – „courage civil“ –, der Mut der Bürger*innen zum eigenen Urteil, unabhängig von Militär- und Obrigkeitsdenken. Im deutschen Sprachraum wurde der Begriff erstmals 1847 durch Bismarck erwähnt.

Nicht jeder Akt von Mut ist Zivilcourage. Diese ist öffentlich, zugunsten anderer und immer getragen von legitimen, menschenrechtsbasierten Motiven. Fehlende Zivilcourage kann zu Schaden für Betroffene führen. Zivilcourage ist ein spezifischer Typus sozialen Handelns in unvorhergesehenen Situationen im öffentlichen Raum. Es ist auch ein wichtiges Element einer demokratischen politischen Kultur – ein ziviles Handeln im Sinne von politischem Handeln: gewaltlos, fair, an Menschenrechten orientiert. Menschen engagieren sich und nehmen dabei möglicherweise Risiken und/oder Nachteile in Kauf.

Ziele eines Zivilcourage-Workshop:

Im Zentrum des Workshops stand die Stärkung der persönlichen Handlungskompetenz im Umgang mit diskriminierenden und rassistischen Situationen. Die Teilnehmenden wurden dazu angeregt, Problemsituationen im Alltag bewusst wahrzunehmen, deren Hintergründe zu verstehen und diese im Lichte

eigener Werte kritisch zu beurteilen. Ein besonderer Fokus lag darauf, die eigenen Motive und inneren Reaktionen zu reflektieren, um daraus eine authentische und zugleich wirksame Haltung zu entwickeln. Ziel war es, ein vielfältiges Handlungsrepertoire zu erarbeiten, das es ermöglicht, in verbalen Konfrontationen mit Diskriminierung oder Rassismus aktiv und gewaltfrei einzugreifen. Gleichzeitig wurde auch die Auseinandersetzung mit den eigenen Grenzen thematisiert – denn nur wer die Möglichkeiten und Begrenzungen des eigenen Verhaltens kennt, kann in solchen Situationen verantwortungsvoll und selbstwirksam agieren.

Dimensionen und Phasen zivilcouragierten Handelns

Anhand eines 4-Phasen-Modells (nach Gert Meyer, Tübingen) wurden Entscheidungsprozesse in Konfliktsituationen analysiert:

1. **Wahrnehmen:** Was geschieht?
2. **Beurteilen:** Widerspricht das Ereignis meinen Werten?
3. **Entscheiden:** Habe ich Handlungsmöglichkeiten?
4. **Handeln:** Aktives Eingreifen oder bewusstes Nicht-Eingreifen.

Diese Reflexion verdeutlichte, wie stark schnelle Entscheidungen durch Sozialisation, Gruppendruck und emotionale Reaktionen beeinflusst werden.

Methode aus dem Theater der Unterdrückten

Das Herzstück des Workshops war die Arbeit mit dem Forumtheater, eine Methode aus dem „Theater der Unterdrückten“ von Augusto Boal: „*Erfahrung statt Belehrung*“ lautete das Motto. Ausgangspunkt war, dass Betroffene ihre eigenen Themen und Erfahrungen einbringen und in szenischen Darstellungen bearbeiten.

Die Teilnehmenden sammelten konkrete Gewalterfahrungen, die dann inszeniert und analysiert wurden. Anschließend wurden verschieden Strategien gesammelt, ausprobiert und bewertet.

Ziel war es, verschiedene Interventionsmöglichkeiten zu erproben, z. B.:

- Situationen unterbrechen
- Opfer direkt ansprechen und unterstützen
- Ablenkung schaffen
- Zweite Person aktivieren
- Gefühle spiegeln und deeskalieren

Diese „Probe auf die Wirklichkeit“ ermöglichte, Verhaltensweisen auszutesten und alternative Handlungsoptionen einzuüben – frei nach Augusto Boals Motto: „Das Forumtheater ist Probe, Analyse, Suche“.

Orientierung an Regeln der Aktion Courage

Ergänzend wurden Orientierungsregeln der Initiative Aktion Courage-SOS Rassismus (NRW) vorgestellt, die helfen, Zivilcourage bewusst zu gestalten: Parteinahme für Betroffene, Vermeidung von Eskalation, Nutzung kreativer Formen der Intervention.

Reflexion und Schlussrunde

In der abschließenden Reflexion wurde betont, dass Zivilcourage nicht den Heldenmut weniger Menschen braucht, sondern die alltägliche Bereitschaft vieler, die Kultur des Schweigens zu durchbrechen. Sich einzumischen bedeutet, demokratische Grundhaltungen im Alltag sichtbar werden zu lassen.

Zivilcourage bleibt ein lebenslanges Lernfeld: Jede*r muss für sich herausfinden, welche Handlungsweisen am besten zu den eigenen Möglichkeiten und Werten passen.

Literatur

Axter, Melanie (2001): Das Theater der Unterdrückten Augusto Boals und seine Präsentation in der Gegenwart. Stuttgart: ibidem-Verlag.

Boal, Augusto (1989): Theater der Unterdrückten. Übungen und Spiele für Schauspieler und Nichtschauspieler, Frankfurt a.M.: Edition Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in: Deutsche Zustände. Folge 10 einer zehnjährigen Langzeitstudie. Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm/Manuela Freiheit/Peter Sitzer (2020): Rechte Bedrohungsallianzen, Frankfurt a. M.: Edition Suhrkamp.

Meyer, G./U. Dovermann/S.Frech/G.Gugel (Hrsg.) (2004): Zivilcourage lernen – Analysen, Modelle, Arbeitshilfen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung/Stuttgart: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Wanie, Renate (2015): Zivilcourage einüben. Nach dem Forumtheater folgt nur noch die Aktion! In: Friedensforum 2/2015,

<https://www.friedenskoooperative.de/friedensforum/artikel/nach-dem-forumtheater-folgt-nur-noch-die-aktion>

Jamel rockt den Förster – Ein Paar gegen ein Dorf voller Nazis

Workshop mit Birgit Lohmeyer, Ko-Initiatorin Festivals

Ein Ehepaar suchte das ruhige Leben auf dem Land – doch sie fanden sich nach wenigen Jahren mitten in einem Nazi-Dorf wieder: Heute leben dort 38 Rechtsextreme und zwei Nicht-Nazis, Birgit und Horst Lohmeyer. 2004 zogen sie in das kleine mecklenburgische Dorf Jamel, auf einen alten Forsthof, um sich eine grüne Idylle aufzubauen. Doch statt zu fliehen, entschieden sie sich zu bleiben – und Widerstand zu leisten.

2007 gründeten sie „Jamel rockt den Förster“, ein Musikfestival, das seither als Symbol für Zivilcourage, Demokratie und kulturellen Widerstand gegen Rechtsextremismus gilt. Ihr Ziel war klar: Rechtsextremen nicht das Feld überlassen, sondern durch Musik, Begegnung und klare Haltung zeigen, dass eine andere, offene Gesellschaft möglich ist – gerade dort, wo sie am meisten unter Druck steht.

Was als kleines Sommerfest unter Freunden begann, wuchs über die Jahre zu einem der bedeutendsten kulturellen Ereignisse für Demokratie und Vielfalt. Viele prominente Künstler*innen unterstützten die Idee frühzeitig: Die Toten Hosen, Herbert Grönemeyer, Fettes Brot, Kettcar, Donots und andere verzichteten auf ihre Gagen, um gemeinsam ein Zeichen zu setzen. Damit sendete das Festival von Anfang an eine doppelte Botschaft: Gegen Hass und Einschüchterung hilft lauter, bunter und beharrlicher Einsatz – und Solidarität kennt keine Gagenforderungen.

Das Engagement blieb nicht ohne Folgen: 2015 wurde eine Scheune der Lohmeyers bei einem Brandanschlag zerstört. In der Silvesternacht 2024/25 kam es erneut zu einem Angriff, bei dem Feuerwerkskörper gezielt auf ihr Haus

abgeschossen wurden. Einschüchterungsversuche und Drohungen gehörten über die Jahre ebenso zu ihrem Alltag wie die stille Duldung durch Teile der Dorfgemeinschaft.

Doch statt aufzugeben, wuchs der Widerstand. Heute kommen jährlich etwa 3.500 Menschen zu „Jamel rockt den Förster“. Das Festival ist nicht-kommerziell, wird vollständig ehrenamtlich organisiert und finanziert sich überwiegend über Spenden. Neben Konzerten finden Workshops, Podiumsdiskussionen und Bildungsangebote statt. Themen wie Rechtsextremismus, Erinnerungskultur, Zivilcourage und Menschenrechte stehen dabei ebenso im Fokus wie Musik und Kultur.



Horst und Birgit Lohmeyer (Beide Fotos von Andreas Hornhoff)

Unterstützung erhalten die Lohmeyers auch aus der Politik: Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig und die Landtagspräsidentin Birgit Hesse engagieren sich als Schirmherrinnen. Die Aufmerksamkeit der Medien und die wachsende Solidarität aus der Zivilgesellschaft machen das Festival zu einem Ankerpunkt der demokratischen Kultur im ländlichen Raum.

„Jamel rockt den Förster“ zeigt eindrucksvoll: Wo andere schweigen, kann kulturelles Engagement das Schweigen brechen. Wo Einschüchterung herrscht, kann Musik Mut machen. Und wo rechtsextreme Strukturen wachsen wollen, kann Zivilgesellschaft sie zurückdrängen – laut, kreativ und ausdauernd.

Was Birgit und Horst Lohmeyer bewiesen haben, ist nicht nur Mut, sondern Ausdauer im

besten Sinne: Jahr für Jahr, Festival für Festival setzen sie dem Hass die offene Gesellschaft entgegen. Ihr Motto wird heute von Tausenden getragen: Nicht weichen, nicht wegsehen – sondern Haltung zeigen. In Jamel und überall.

www.forstrock.de

Der Film „Jamel – Lauter Widerstand“ in der ARD-Mediathek:



<https://1.ard.de/jamel>

Für das Festival kann gespendet werden:



www.betterplace.org/p142210

Was tun gegen Rechtsextremismus in Chatgruppen und sozialen Medien?

basierend auf dem Workshop von Lili Ewert (LOVE-Storm, BSV), Luisa Lening (ehem. Bundesfreiwillige beim BSV) & Julian Böttcher (ehem. Bildungsreferent BSV)

1. Ausgangslage: Warum digitale Räume für Rechtsextreme so attraktiv sind

Rechtsextreme Akteur*innen nutzen soziale Medien strategisch: Sie finden dort oft ein junges Publikum, erreichen jedoch auch Erwachsene. Sie erzielen große Reichweiten und profitieren von oft mangelhafter Moderation. Plattformen wie TikTok, X (vormals Twitter) oder Instagram verstärken rechtsextreme Inhalte durch mangelnde Moderation, Empörungsdynamiken und Funktionsweisen von Algorithmen. Rechtsextreme Akteur*innen nutzen bewusst die Funktionen der Algorithmen der Plattformen und verwenden zusätzlich Bots – um besonders viel Reichweite zu bekommen.

Rechtsextreme Online-Kommunikation bedient sich dabei vielfältiger Codes, Hashtags, Emojis und audiovisueller Reize. Besonders perfide ist der scheinbar harmlose Einsatz von Symbolen wie Vampiren (für antisemitische Verschwörungsmythen) oder Kiwis (für transfeindliche Polemik). Unter populären Formaten finden sich Musikvideos mit unterschwelligem und normalisierenden Botschaften, aber auch offenkundiger rechtsradikaler Musik, Influencer-Accounts mit gezielter Emotionalisierung sowie Kampagnen („TikTok-Guerilla“), die systematisch Inhalte streuen und remixen.

2. Von der Analyse zur Gegenstrategie: Digitale Zivilcourage als Handlungspraxis

Im zweiten Teil des Workshops lag der Fokus auf dem Empowerment der Teilnehmenden. Ausgehend von der Frage „Was tust du, wenn du eine rechte Aussage online siehst?“ wurden

Möglichkeiten reflektiert, rechtsextreme Hetze sichtbar zu machen, zu unterbrechen oder solidarisch zu kontern – stets unter Beachtung der eigenen Sicherheit und der Gewaltfreiheit.

Dabei wurde ein dreistufiges Zielsystem digitaler Zivilcourage vorgestellt:

- **Angegriffene stärken:** Solidarität zeigen, Betroffene nicht alleinlassen.
- **Zuschauende mobilisieren:** Schweigende Masse in unterstützende Öffentlichkeit verwandeln.
- **Angreifenden gewaltfrei Grenzen setzen:** Provokationen enttarnen, Falschbehauptungen kontern, Diskussionsregeln einfordern.

Die Übungen im Workshop bezogen sich auf reale Beispiele: Kommentare auf Instagram, YouTube oder in Messenger-Gruppen (wie Signal, Telegram, WhatsApp) – von subtilen Alltagsverurteilungen bis zu massiver Hetze und Gewaltandrohung. Jede Aussage wurde hinsichtlich Gewaltform, Zielrichtung und Handlungsspielraum allein und gemeinsam analysiert. Zudem wurden direkt Gegenantworten verfasst – um direkt zivilcouragiertes Handeln zu üben.

3. Reflexion: Zwischen individueller Überforderung und kollektiver Stärke

Die Übungssituation machte deutlich: Digitale Gewalt ist reale Gewalt. Viele Teilnehmende berichteten, dass sie sich in solchen Situationen oft ohnmächtig fühlen – sei es aus Angst, aus Unsicherheit über die richtige Reaktion oder aus Sorge, sich selbst zu gefährden.

Deshalb wurde im Workshop nicht nur auf konkrete Strategien eingegangen, sondern auch auf Schutzfaktoren: technische Absicherung, emotionale Selbstfürsorge und das Einüben von Reaktionen in einem geschützten Rahmen. Die Awareness-Arbeit

war fester Bestandteil: Pausen, Rückzugsmöglichkeiten und Nachgespräche wurden aktiv angeboten.

4. Ausblick: Notwendigkeit kontinuierlicher Stärkung digitaler Zivilgesellschaft

Der Workshop zeigte: Digitale Räume sind zentrale Konfliktzonen im gesellschaftlichen Ringen um Demokratie, Menschenwürde und Wahrheit. Rechtsextreme Akteur*innen nutzen sie effektiv – dem muss eine ebenso strukturierte, kreative und solidarische Gegenbewegung entgegentreten. Dazu braucht es langfristige Bildungsarbeit, niedrigschwellige Schulungsangebote und die Stärkung von Netzwerken digitaler Zivilcourage. LOVE-Storm zeigt wie digitale Soziale Verteidigung gegen Rechtsextremismus im Netz aussehen kann.



Mehr Infos: <https://love-storm.de/>

Soziale Verteidigung gegen Rechtsextremismus: Ein Konzept für eine demokratische Gesellschaft

Jochen Neumann, ehem. Geschäftsführer KURVE Wustrow, BSV-Mitarbeiter für Wehrhaft ohne Waffen

Soziale Verteidigung will eine wirksame Alternative im Falle eines militärischen Angriffs von außen sein, und bei einem Angriff von innen wie durch einen gewaltsamen Putsch. Aber was, wenn der Angriff nicht putschartig erfolgt, sondern schleichend? Wenn demokratische Institutionen und der Rechtsstaat missachtet oder geschliffen werden? Was, wenn menschenfeindliche Haltungen und diskriminierende Handlungen zur Regierungspolitik werden? Wenn durch Wahlerfolge rechtsextremistische Parteien an die Macht kommen?



**Wehrhaft
ohne Waffen**

Die Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ hat sich zwar im Frühjahr 2022 als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine formiert und hatte zunächst einen deutlichen Schwerpunkt auf die Verteidigung gegen einen militärischen Angriff von außen. In den klassischen Einführungsworkshops in die Soziale Verteidigung fragen wir jedoch: Was wollen wir verteidigen? An den Antworten und Diskussionen können wir sehen, dass immer auch die Bedrohung durch Angriffe von innen mitgedacht werden: Demokratie, Partizipation, Recht auf Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vielfalt und Minderheitenschutz, soziale Errungenschaften wie Kranken- und Sozialversicherung. Auch bei der Frage nach möglichen Angriffszielen

wurden Wahllokale genannt und von Einschüchterungsversuchen durch rechtsextreme Schlägertrupps berichtet, die sich dort am Wahltag gezeigt hätten.

Durch die bundesweiten Demonstrationen nach Bekanntwerden der „Remigrationspläne“ der AfD durch die CORRECTIV-Recherchen¹⁴ im Januar 2024 stellten sich viele Menschen die Frage: Wie können wir eine Machtübernahme durch rechtsextremistische Parteien verhindern und unsere Demokratie verteidigen?

In der Modellregion¹⁵ Wendland organisierten sich diese engagierten Menschen zunächst in Messenger-Gruppen wie „Aktiv gegen Rechts im Wendland“, wollten sich dann aber auch miteinander treffen und gemeinsam in Aktion gehen. Auf sogenannten „Vernetzungstreffen“ trafen sie sich erst in ihren Orten und Städten, später in regionalen (Landkreis) und überregionalen (mit Menschen aus angrenzenden Landkreisen) oder sektoral (z.B. Kommunalpolitiker*innen aus mehreren Landkreisen bzw. Bundesländern).

Diese Vernetzungstreffen waren moderiert und beinhalteten typischerweise Grundregeln für einen respektvollen Umgang miteinander, auflockernde Methoden zum gegenseitigen Kennenlernen, eine kreative Ideensammlung ohne Diskussion und anschließend ein Sortieren der Ideen, um im nächsten Schritt in Kleingruppen, diejenigen zusammenzubringen, die gemeinsam eine der Ideen umsetzen wollten. Zum Abschluss wurde einander von den konkreten Umsetzungsschritten berichtet

14 CORRECTIV (2024): Geheimplan gegen Deutschland. Neue Rechte. In: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

15 Die Kampagne „Wehrhaft ohne Waffen“ will Soziale Verteidigung bekannter machen und mit Leben füllen. Dafür wurde ein regionaler Ansatz gewählt. In Regionalgruppen und Modellregionen soll das bisher eher theoretische Konzept der Sozialen Verteidigung für unterschiedliche Kontexte (wie Stadt, Land oder Grenzregion) entwickelt und praktisch eingeübt und umgesetzt werden. Nähere Infos zur Kampagne, den Regionalgruppen und Modellregionen unter: www.wehrhaftohne Waffen.de

und Verabredungen für die weitere Zusammenarbeit und Vernetzung getroffen.

Ziel der Vernetzungstreffen ist es, Menschen mit ähnlichen Interessen zusammenzubringen und kreative Ansätze bis zur Umsetzungsreife zu entwickeln.

Um die Vielzahl der Ideen zu sortieren und vor allem um diese nicht gleich zu zerreden, weil sie vermeintlich weniger wichtig oder gar falsch und kontraproduktiv seien, war es wichtig diese zu systematisieren. Wir fragten: Wer soll damit erreicht werden? Und was soll damit erreicht werden?

Die Unterscheidung in vier Hauptzielgruppen und den damit verbundenen Zielen / Ansätzen war dabei äußerst hilfreich:

- 1) Organisierte Rechtsextreme: Hier gilt es klare Kante zu zeigen und denen den öffentlichen Raum nicht zu überlassen.
- 2) Potentielle Wähler*innen rechtsextremistischer Parteien: Hier wollen wir in Kontakt gehen und informieren.
- 3) Gleichgesinnte: Diese Menschen wollen wir für gemeinsame Aktion mobilisieren.
- 4) Betroffene: Hier wollen wir Unterstützung und Schutz anbieten.

Vor diesem Hintergrund ließen sich nicht nur Missverständnisse und gegenseitige Kritik besser einfangen, sondern es überwog gegenseitige Wertschätzung. Zum Beispiel war klar, dass wir uns nicht daran abkämpfen sollten, die Spitzenkandidat*innen der rechtsextremen oder –populistischen Parteien zu überzeugen, sondern ihnen bei Wahlveranstaltungen oder am Wahlkampfstand nicht unwidersprochen den öffentlichen Raum zu überlassen. Dabei wurden auch kreative neue Ideen entwickelt: z.B. statt beim Auftritt des rechtspopulistischen Spitzenkandidaten (der Freien Wähler) vor einer Dorfkneipe zu protestieren, ist eine andere Möglichkeit, sich in größerer Zahl in den Saal zu setzen und

den potentiellen Wähler*innen den Platz zu nehmen. So sollten weniger Menschen indoktriniert werden können. Dies hatte den Nebeneffekt, dass sich Einzelne durch die Präsenz Gleichgesinnter ermutigt fühlten, dem rechtspopulistischen Redner zu widersprechen, seine falschen Zahlen zu korrigieren und den Zuhörenden andere Sichtweisen und eigene persönliche Erfahrungen und Geschichten mitzugeben. Vor allem ergaben sich im Anschluss noch gute Gespräche mit einigen Gästen, die als potentielle Wähler*innen dieser Partei einzuordnen sind. Und die Lokalzeitung berichtete nicht nur über das „Kontra“, dass der Spitzenkandidat erfahren hatte, sondern schloss sich der Einschätzung an, dass dieser als „Rechtspopulist“ einzustufen sei.

Die Aktionsideen und –gruppen, die sich bildeten, waren vielfältig. Sie reichten von Stickeraktionen und Social Media-Kampagnen über Informationsveranstaltungen bis hin zu Dialogformaten, Argumentationstrainings und Theater der Unterdrückten auf dem Marktplatz, um anschaulich zu machen, wie unsere Gesellschaft nach einer rechtsextremistischen Machtübernahme aussehen könnte. Für jetzt schon bedrohte Menschen wie Geflüchtete oder Aktive in Orten, wo Übergriffe durch Rechtsextreme stattfanden oder zu befürchten sind, wurden Schutzmaßnahmen verabredet und wurden bei Bedarf umgesetzt.

Die gesellschaftlichen Entwicklungen und diese praktischen persönlichen Erfahrungen zeigen, dass das Konzept der Sozialen Verteidigung auch im Falle einer schleichenden Erosion demokratischer Werte und Institutionen sinnvoll eingesetzt werden kann. Soziale Verteidigung ist keine Utopie, sondern bietet konkrete und wirksame Strategien, um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen – und wird bereits umgesetzt und mit Leben gefüllt.

Demokratie in Gefahr: Handlungsperspektiven gegen autoritäre Tendenzen

Dr. Dalilah A Shemia-Goeke, Ko-Geschäftsführerin,
Bund für Soziale Verteidigung

Die Beiträge der diesjährigen Jahrestagung führen eindrücklich vor Augen: Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist komplexer und tiefgreifender als der bloße Protest auf der Straße. Er verlangt strategisches Denken, gesellschaftliche Breitenwirkung und langfristiges Engagement. Rechtsextremismus ist kein isoliertes Randphänomen, sondern Ausdruck gesellschaftlicher Krisen und tief verwurzelter autoritärer Denkweisen. Erfolgreiche Gegenstrategien müssen diese Tiefe anerkennen und adressieren.

Prof. Dr. Fabian Virchow verdeutlicht in seiner Analyse, dass die extreme Rechte in Deutschland auf historischen Kontinuitäten aufbaut und heute professionalisierte, international vernetzte Strategien einsetzt. Demokratische Gegenwehr muss daher auf Aufklärung, klare Abgrenzung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Resilienz setzen, so wie frühe demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen.

Thomas Handrich zeigt am Beispiel Polens, wie ein demokratischer Machtwechsel selbst in scheinbar zementierten autoritären Systemen möglich sein kann (wenn auch nur vorübergehend) – durch Mobilisierung neuer gesellschaftlicher Gruppen, klare soziale Botschaften und den Schutz demokratischer Institutionen. Eine zentrale Erkenntnis: Demokratische Erneuerung braucht Organisation, Geduld und positive Visionen.

Jan Stehn identifiziert zivilgesellschaftliches Engagement schließlich als entscheidende Ressource gegen Autokratisierung. Der Widerstand gegen autoritäre Strukturen muss sowohl emotional als auch organisatorisch getragen sein – Solidarität, Netzwerke und der Aufbau alternativer Räume sind Schlüsselfaktoren. Die Diskussionen nach den

Vorträgen zeigten außerdem die Notwendigkeit, zwischen Dialogbereitschaft und konsequenter Grenzziehung zu unterscheiden. Dialog darf nicht naiv sein – er muss menschenfeindlichen Ideologien klare Grenzen setzen, während er gleichzeitig um verunsicherte Individuen wirbt. Besonders deutlich wird: Demokratischer Widerstand muss nicht nur reaktiv, sondern auch kreativ und positiv sein.

Der Workshop „Parolen Paroli bieten“ unterstreicht die Bedeutung von Übung und Reflexion im Alltag: Zivilcourage entsteht oft nicht allein spontan, sondern kann bewusst gelernt und trainiert werden. Zivilgesellschaftlicher Widerstand basiert auf alltäglicher Handlungsfähigkeit und Mut, gerade in kleinen, unscheinbaren Momenten. Das Musikfestival „Jamel rockt den Förster“ illustriert, wie kultureller Widerstand gerade im ländlichen Raum sichtbare Zeichen gegen rechtsextreme Dominanz setzen kann. Beharrlichkeit, Kreativität und die Macht gemeinschaftlicher Erfahrung schaffen Räume, in denen Demokratie und Vielfalt gelebt und verteidigt werden.

Der Bericht über digitale Zivilcourage zeigt, dass rechtsextreme Akteure die Mechanismen sozialer Medien geschickt für ihre Zwecke nutzen – und dass dem nur mit systematisch aufgebauten Gegenstrategien begegnet werden kann. Digitale Räume sind heute zentrale Arenen im Ringen um demokratische Kultur.

Der Beitrag zu Sozialer Verteidigung gegen Rechtsextremismus anhand der Modellregion Wendland von „Wehrhaft ohne Waffen“ zeigt verschiedene Aktionsideen. Dazu zählen das Besetzen von Sitzplätzen bei rechtsextremen Veranstaltungen, Dialogformate, kreative Proteste wie Theateraktionen, Social Media-Kampagnen, Stickeraktionen, Informationsveranstaltungen, Argumentationstrainings sowie Schutzmaßnahmen für Betroffene.

Mehr als Protest: Strategien für eine wehrhafte Demokratie

Für die kommenden Jahre ergeben sich aus diesen Beiträgen zentrale Handlungsperspektiven. Politische Bildung muss systematisch ausgebaut werden, um demokratische Werte und Erfahrungen frühzeitig und breit zu vermitteln, zum Beispiel in der Schule, aber auch in außerschulischen Lernorten, wie soziale Medien oder Jugendaktivitäten (Zentren, Camps, Vereine). Gleichzeitig gilt es, zivilgesellschaftliche Initiativen durch nachhaltige Finanzierung und organisatorische Unterstützung zu stärken. Die Abhängigkeit vieler Projekte von staatlicher Förderung wurde auf der Tagung wiederholt als Risiko identifiziert und das Bedürfnis nach mehr finanzieller Autarkie kam zum Vorschein. Kulturelle Ausdrucksformen wie Musik und Kunst sollten gezielt genutzt werden, um öffentliche Räume für Vielfalt und Demokratie zurückzuerobern. In der digitalen Sphäre sind Schulungen für Zivilcourage und medienkritische Kompetenzen unerlässlich, ergänzt durch klare Regulierungen für soziale Plattformen. Neben der Reaktion auf rechtsextreme Bedrohungen ist es entscheidend, positive Gesellschaftsbilder zu entwickeln und Erzählungen von Solidarität, Gerechtigkeit und Vielfalt der Verbreitung rechtsextremer Angstnarrative entgegenzustellen. Breite demokratische Allianzen, die über Parteigrenzen hinweg Kooperation ermöglichen, müssen ausgebaut werden. Auch die internationale Vernetzung mit Bewegungen für Demokratie und Menschenrechte könnte gestärkt werden. Schließlich ist die Förderung individueller und kollektiver Resilienz ein zentrales Element: Schutz vor Einschüchterung und Desinformation setzt auf emotionale Stärke, soziale Unterstützung und strategische Vorbereitung.

Konkrete nächste Schritte und mögliche Maßnahmen

Die Tagung hat klar gezeigt, dass reine Empörung nicht reicht. Hier sind zum Abschluss weiterführende Handlungsmöglichkeiten, die über die Tagungsergebnisse hinausgehen.

Demokratische Brandmauern festziehen und öffentlich einfordern

Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Sport- und Kulturvereine und -verbände legen verbindlich fest, dass sie mit rechtsextremen Kräften weder koalieren noch ihnen Bühne oder Ämter verschaffen oder gar die Mitgliedschaft ermöglichen. Jede örtliche Einladung, Medienanfrage oder Personalentscheidung wird an diese Selbstverpflichtung gespiegelt und notfalls abgesagt.

An die Verantwortung konservativer Akteure appellieren

Konservative Parteien und Institutionen haben historisch in verschiedenen Ländern eine zentrale Rolle gespielt für den Schutz der Demokratie gegen den Faschismus. So sollten etwa CDU/CSU oder Kirchen auch heute hierzulande an ihre Verantwortung erinnert werden, als wahrhaftige „Bewahrer“ demokratischer Werte und Normen einzutreten.

Alternative Narrative offensiv platzieren

Soziale Ungleichheit und Abstiegsängste befeuern die Anschlussfähigkeit von Rechtsextremismus. Kampagnen für gute Löhne, faire Mieten, bezahlbare Energie, hochwertige Pflege u.s.w. zeigen, dass das Problem nicht „die Fremden“, sondern unfaire Strukturen sind – und dass eine solidarische Politik konkrete Vorteile für alle bringt.

Solidarische Alarmsysteme

Lokal könnten rasch handlungsfähige Bündnisse, Stadtteilrunden, Vereinsnetzwerke, Elternräte, Kirchengemeinden entstehen. Sie stimmen sich etwa mit Kommunalverwaltung und Polizei über Schutz- und Notfallpläne ab,

damit rechtsextreme Drohkulissen, Aufmärsche oder Brandanschläge niemals auf unvorbereitete Strukturen treffen.

Organizing vor Wahlen und darüber hinaus

Das Beispiel des Haustürwahlkampfes der LINKEN zur Bundestagswahl 2025 zeigt: Wer persönlich ins Gespräch kommt, konkrete soziale Missstände anspricht und Menschen einbindet, kann dem Einfluss von Rechtsextremen wirksam etwas entgegensetzen. Erfolgreiche Gegenstrategien basieren auf Beziehungsarbeit, lokaler Verankerung und der Fähigkeit, Alternativen im direkten Lebensumfeld anzubieten. Organizing-Methoden könnten von verschiedenen Bewegungsakteuren aufgegriffen werden, um mehr Menschen außerhalb der eigenen Filterblase zu erreichen.

Finanzierungs-Alternativen sichern

Staatliche Kürzungen für Demokratie-Projekte werden antizipiert. Von Crowdfunding, über Mitgliedschaftsbeiträge selbstorganisierter Strukturen, zu Spendenkampagnen und Patenschaften wird auf eine Diversifizierung von Finanzierungsquellen gesetzt.

Verwaltungen vorbereiten¹⁶

Fachstellen in Kommunen und Ländern erarbeiten Handreichungen, etwa zur Frage wann Beamt*innen rechtswidrige Anweisungen verweigern können¹⁷ dürfen

16 Unter einer AfD-Regierung könnte es möglicherweise für Beamt*innen schwieriger werden, Anweisungen zu verweigern, da diese dann z.T. eventuell nicht mehr rechtswidrig sein würden, sondern durch Gesetzesänderungen legalisiert wären. Schon heute zeigt sich, wie schwer es ist, sich gegen staatliche Direktiven zur Wehr zu setzen – selbst dann, wenn Gerichte deren Unzulässigkeit bereits festgestellt haben. So etwa im Fall der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg zum Klimaschutz, das die Bundesregierung 2023 zu einem Sofortprogramm verpflichtete – doch politische Schritte zur Umsetzung blieben bis heute aus ([OVG 11 A 1/23](#)).

17 Der Verein „Verwaltung und Demokratie“ hat ein „Erste-Hilfe-Kit Demokratie“ als orientierenden Werkzeugkasten für Verwaltungsmitarbeitende veröffentlicht, die in ihrer Tätigkeit Arbeitsanweisungen, ein Arbeitsumfeld oder Entwicklungen erleben, die Gesetze, Regeln oder demokratische Prinzipien und Werte infrage stellen: <https://verwaltung-fuer-demokratie.de/erste-hilfe-kit-demokratie/>

oder wie sensible Daten gesichert werden. Whistleblower-Hotlines und externe Ombudsstellen sind eine Anlaufstelle für Mitarbeitende, die rechtsextreme Manipulation melden.

Schutz von Betroffenen organisieren

Nachbarschafts-Wachen, Safe-Spaces und Begleit-Teams schützen Wohnhäuser, Geschäfte, Geflüchtetenunterkünfte. Eine nicht rückverfolgbare Telefon- und Messenger-Kaskade ruft innerhalb von Minuten Unterstützung zusammen, wenn Übergriffe drohen.

Kollektive Verweigerung und Nicht-Kooperation vorbereiten

Sollte eine rechtsextreme Landesregierung zentrale Rechte einschränken, liegen bereits unterschrittsreife Klageschriften, EU-Beschwerden und Kontakte zu internationalen Menschenrechtsorganisationen vor. Parallel werden Szenarien für Massenstreiks, Steuer-Boykotts oder “sanctuary communities¹⁸” vorbereitet.

Mehrere aktuelle Studien belegen zudem eindeutig, dass Austeritätspolitik – also staatliche Einsparungen und Leistungskürzungen – das Erstarken rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien fördert¹⁹. Die Studien stützen den Befund, dass Sparpolitik demokratische Institutionen schwächt, rechtsextreme Mobilisierung fördert und die politische Polarisierung verstärkt. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse, dass gezielte Investitionen und eine aktive Sozialpolitik diesen Trend umkehren können. Diese evidenzbasierte Erkenntnis verdeutlicht: Für nachhaltigen demokratischen Widerstand ist nicht nur symbolischer Protest, sondern auch eine

18 Sanctuary Cities sind Städte, die sich verpflichten, Migrant*innen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus zu schützen, indem sie z.B. die Zusammenarbeit mit Abschiebebehörden bewusst einschränken.

19 Für eine Übersicht der Studien siehe Kaufmann, Stephan (2024): Macht Sparen rechts? Und warum?. Politik & Ökonomie: Beiträge zur politischen Ökonomie. In: <https://politischeoekonomie.com/macht-sparen-rechts-und-warum/>

grundlegend andere Wirtschafts- und Sozialpolitik unabdingbar.

Allerdings sind auch erhebliche **Risiken und Herausforderungen** zu erwarten. Die extreme Rechte könnte sich weiter radikalisieren und professionalisieren, ihre Netzwerke festigen und neue Kommunikationsstrategien entwickeln. Mit jedem Wahlsieg steigen auch die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die gesellschaftliche Polarisierung droht sich zu verschärfen, demokratische Diskurse könnten weiter unterminiert und an den rechten Rand gedrängt werden. Die Normalisierung extremistischer Positionen im öffentlichen Raum und in Medien birgt die Gefahr, dass die liberale Demokratie weiter erodiert. Digitale Desinformation und algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze werden die Konflikte zusätzlich verschärfen. Schließlich könnte es aufgrund begrenzter Ressourcen und hoher Anforderungen zu einer Überlastung zivilgesellschaftlicher Akteure kommen und das Engagement breiter Bevölkerungsschichten eingeschränkt werden.

Die Verteidigung der Demokratie ist ein langfristiger, mühsamer, aber notwendiger Prozess. Demokratie stirbt nicht von heute auf morgen – sie wird Stück für Stück ausgehöhlt, wenn wir nicht wachsam sind. Doch ebenso kann sie Schritt für Schritt gestärkt und erneuert werden. Es braucht eine Kultur der Zivilcourage, kreative Strategien im Alltag und die Bereitschaft, das gesellschaftliche Zusammenleben aktiv mitzugestalten. Der Kampf für Demokratie endet nicht am Ende einer Demonstration – er beginnt dort erst richtig.